

**No. 32727**

---

**AUSTRIA  
and  
MEXICO**

**Air Transport Agreement (with annex). Signed at Vienna on  
27 March 1995**

*Authentic texts: German, Spanish and English.  
Registered by Austria on 25 March 1996.*

---

**AUTRICHE  
et  
MEXIQUE**

**Accord relatif aux transports aériens (avec annexe). Signé à  
Vienne le 27 mars 1995**

*Textes authentiques : allemand, espagnol et anglais.  
Enregistré par l'Autriche le 25 mars 1996.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

# LUFTVERKEHRSABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICH- ISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER VEREINIGTEN MEXIKANISCHEN STAATEN

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten, in diesem Abkommen in der Folge die Vertragsparteien genannt, als Vertragsparteien des am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, vom Wunsche geleitet, in Ergänzung des genannten Abkommens ein Abkommen zum Zwecke der Einrichtung eines planmäßigen Flugverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus abzuschließen, haben folgendes vereinbart:

## Artikel 1

### Begriffsbestimmungen

Für die Auslegung und den Zweck dieses Abkommens und seines Anhangs haben die folgenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- A. Der Ausdruck „Vertragspartei“ bedeutet die Österreichische Bundesregierung auf der einen Seite und die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten auf der anderen Seite;
- B. Der Ausdruck „die Konvention“ bedeutet das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt und schließt jeden gemäß Artikel 90 dieser Konvention angenommenen Anhang sowie Änderungen des Anhangs oder der Konvention gemäß deren Artikel 90 und 94 ein, sofern diese für beide Vertragsparteien in Kraft getreten sind;
- C. Der Ausdruck „dieses Abkommen“ schließt den Anhang dazu sowie alle Abänderungen dieses Abkommens oder des Anhangs ein;
- D. Der Ausdruck „Luftfahrtbehörden“ bedeutet im Falle der Österreichischen Bundesregierung den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, und im Falle der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten das Sekretariat für Kommunikation und Transport, oder jede andere Behörde, die zur Wahrnehmung der gegenwärtig von den genannten Behörden ausgeübten Funktionen gesetzlich befugt ist;
- E. Der Ausdruck „internationale Fluglinie“ bedeutet eine Fluglinie, die den Luftraum über dem Hoheitsgebiet von mehr als einem Staat durchquert;
- F. Der Ausdruck „nichtgewerbliche Landung“ bedeutet eine Landung zu jedem anderen Zweck als zum Aufnehmen oder Absetzen von Fluggästen, Fracht oder Post;
- G. Der Ausdruck „namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen“ bedeutet ein gemäß Artikel 3 dieses Abkommens namhaft gemachtes und zugelassenes Fluglinienunternehmen;
- H. Der Ausdruck „Tarif“ bedeutet die für die Beförderung von Fluggästen, Gepäck und Fracht zu bezahlenden Preise sowie die Bedingungen, unter denen diese Preise gelten; die Preise umfassen die Gebühren und Provisionen für Agentur- und Zusatzleistungen, jedoch ausschließlich des Entgelts und der Bedingungen für die Beförderung von Post;
- I. Der Ausdruck „Frequenz“ bedeutet die Anzahl der Hin- und Rückflüge, die von einem Fluglinienunternehmen auf einer festgelegten Flugstrecke innerhalb eines gegebenen Zeitraums durchgeführt werden;
- J. Der Ausdruck „festgelegte Flugstrecken“ bedeutet die im Anhang dieses Abkommens angeführten Flugstrecken;
- K. Der Ausdruck „Hoheitsgebiet“ bedeutet in bezug auf einen Staat die Landgebiete und angrenzenden Küstengewässer, welche der Staatshoheit, der Oberhoheit, dem Protektorat oder der Mandatsgewalt des betreffenden Staates unterliegen.

## Artikel 2

### Gewährung von Rechten

1. Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei die im vorliegenden Abkommen festgelegten Rechte, um auf den im Anhang zu diesem Abkommen festgelegten Flugstrecken planmäßige internationale Fluglinien einzurichten.
2. Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens genießen das bzw. die von jeder Vertragspartei namhaft gemachte(n) Fluglinienunternehmen beim Betrieb der vereinbarten Fluglinien folgende Rechte:
  - a) das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Landung zu überfliegen;
  - b) im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Landungen zu nichtgewerblichen Zwecken durchzuführen;
  - c) innerhalb des genannten Hoheitsgebietes, auf den im Anhang festgelegten Punkten Fluggäste, Fracht und Post im internationalen Verkehr aufzunehmen und abzusetzen.
3. Das Verkehrsrecht der fünften Luftfreiheit auf einer der im Anhang genannten Strecken kann erst nach Beratungen zwischen den Luftfahrtbehörden ausgeübt werden.
4. Keine Bestimmung in Absatz 2 dieses Artikels ist dahingehend auszulegen, daß dem bzw. den Fluglinienunternehmen einer Vertragspartei das Vorrrecht eingeräumt wird, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Fluggäste und Fracht, einschließlich Post, die für einen anderen Punkt im Hoheitsgebiet dieser anderen Vertragspartei bestimmt sind, zur entgeltlichen Beförderung aufzunehmen.

## Artikel 3

### Namhaftmachung und Bewilligung von Fluglinienunternehmen

1. Jede Vertragspartei hat das Recht, der anderen Vertragspartei schriftlich bis zu zwei Fluglinienunternehmen für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken namhaft zu machen und mittels schriftlicher Mitteilung an die andere Vertragspartei eine derartige Namhaftmachung zurückzuziehen oder abzuändern.
2. Bei Erhalt dieser Namhaftmachung hat die andere Vertragspartei nach Maßgabe der Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Artikels den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen unverzüglich die erforderliche Betriebsbewilligung zu erteilen.
3. Die Luftfahrtbehörden einer Vertragspartei können von dem bzw. den von der anderen Vertragspartei namhaft gemachten Fluglinienunternehmen den Nachweis verlangen, in der Lage zu sein, die von den Gesetzen und Vorschriften vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen, die von dieser Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Konvention üblicher- und billigerweise auf den Betrieb internationaler Fluglinien angewendet werden.
4. Jede Vertragspartei hat das Recht, die Erteilung der in Absatz 2 dieses Artikels genannten Betriebsbewilligungen zu verweigern oder dem bzw. den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen für die Ausübung der in Artikel 2 des vorliegenden Abkommens angeführten Rechte die von ihr für erforderlich erachteten Bedingungen in allen jenen Fällen aufzuerlegen, in denen der genannten Vertragspartei nicht nachgewiesen wird, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses bzw. dieser Fluglinienunternehmen(s) bei der namhaft machenden Vertragspartei oder ihren Staatsangehörigen liegen.
5. Ist ein Fluglinienunternehmen auf diese Weise namhaft gemacht und ihm die Bewilligung erteilt worden, so kann es jederzeit den Betrieb der vereinbarten Fluglinien aufnehmen, vorausgesetzt, daß ein gemäß den Bestimmungen des Artikels 11 des vorliegenden Abkommens erstelter Tarif in Kraft ist und eine Vereinbarung gemäß den Bestimmungen des Artikels 10 des vorliegenden Abkommens in bezug auf diese Fluglinie getroffen wurde.

## Artikel 4

### Aussetzung und Widerruf einer Betriebsbewilligung

1. Jede Vertragspartei hat das Recht, die Ausübung der in Artikel 2 des vorliegenden Abkommens festgelegten Rechte durch das bzw. die von der anderen Vertragspartei namhaft gemachte(n) Fluglinienunternehmen auszusetzen oder die Betriebsbewilligung zu widerrufen oder die von ihr für die Ausübung dieser Rechte als notwendig erachteten Bedingungen aufzuerlegen:

- a) in allen Fällen, in denen sie nicht überzeugt ist, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses bzw. dieser Fluglinienunternehmen(s) bei der Vertragspartei, die das bzw. die Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, oder bei deren Staatsangehörigen liegen, oder
- b) falls diese(s) Fluglinienunternehmen es unterläßt bzw. unterlassen, die Gesetze und Vorschriften der Vertragspartei zu befolgen, die diese Rechte gewährt, oder
- c) falls das bzw. die Fluglinienunternehmen es in anderer Weise unterläßt bzw. unterlassen, den Betrieb gemäß den im vorliegenden Abkommen vorgeschriebenen Bedingungen durchzuführen.

2. Dieses Recht wird nur nach Beratungen mit der anderen Vertragspartei ausgeübt, es sei denn, daß sofortige Aussetzung, sofortiger Widerruf oder Auferlegung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Bedingungen unbedingt erforderlich ist, um weitere Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften zu verhindern. In diesem Fall beginnen die Beratungen innerhalb von sechzig (60) Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem eine der beiden Vertragsparteien darum ersucht hat.

## Artikel 5

### Anwendung von Gesetzen und Vorschriften

Die Gesetze und Vorschriften einer Vertragspartei betreffend Einreise und Aufenthalt in sowie Ausreise aus ihrem Hoheitsgebiet von im internationalen Flugverkehr eingesetzten Luftfahrzeugen, Fluggästen, Besatzung, Gepäck, Fracht und Post, weiters betreffend Formalitäten hinsichtlich Ein- und Ausreise sowie Zoll- und Sanitätsmaßnahmen gelangen auf den Betrieb des bzw. der namhaft gemachten Fluglinienunternehmen(s) der anderen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei zur Anwendung.

## Artikel 6

### Anerkennung von Lufttüchtigkeitszeugnissen und Ausweisen

1. Lufttüchtigkeitszeugnisse, Befähigungszeugnisse und Ausweise, die von einer Vertragspartei ausgestellt oder für gültig erklärt wurden, werden während der Zeit ihrer Gültigkeit von der anderen Vertragspartei für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien als gültig anerkannt.

2. Jede Vertragspartei behält sich jedoch das Recht vor, für Flüge über ihr eigenes Hoheitsgebiet die Anerkennung von Befähigungszeugnissen und Ausweisen zu verweigern, die ihren eigenen Staatsangehörigen von der anderen Vertragspartei ausgestellt worden sind.

## Artikel 7

### Gebühren für die Benützung von Flughäfen

Jede Vertragspartei kann Luftfahrzeugen der anderen Vertragspartei gerechte und vertretbare Gebühren für die Benützung von Flughäfen und anderen Einrichtungen auferlegen oder aufzuerlegen erlauben. Es besteht jedoch Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien, daß diese Gebühren nicht höher als die von den von eigenen Staatsangehörigen betriebenen Luftfahrzeugen, die auf ähnlichen internationalen Fluglinien zum Einsatz gelangen, für die Benützung von diesen Flughäfen und Einrichtungen bezahlten sein dürfen.

### Artikel 8

#### Befreiung von Zöllen

1. Die von dem bzw. den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen einer Vertragspartei auf internationalen Fluglinien eingesetzten Luftfahrzeuge sowie deren übliche Betriebsausrüstung, Treib- und Schmierstoffvorräte sowie übliche Bordvorräte (einschließlich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak), die sich an Bord dieser Luftfahrzeuge befinden, sind bei der Ankunft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von allen Zöllen, Steuern, Inspektionsgebühren und sonstigen Abgaben, von Steuern oder Gebühren des Bundes, der Gliedstaaten und Gemeinden befreit, vorausgesetzt, daß diese Ausrüstungsgegenstände und Vorräte bis zu ihrer Wiederausfuhr an Bord des Luftfahrzeugs verbleiben, selbst wenn diese Vorräte von diesen Luftfahrzeugen auf Flügen über dieses Hoheitsgebiet verwendet oder verbraucht werden.

2. Weiters sind auf der Grundlage der Gegenseitigkeit von diesen Abgaben, Steuern und Gebühren, mit Ausnahme der für eine erbrachte Dienstleistung zu entrichtenden Entgelte, befreit: Schmieröl, die übliche Bordausstattung, Ersatzteile, Werkzeuge und Spezialausrüstung für die Instandhaltung von Luftfahrzeugen, ebenso Bordvorräte (einschließlich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak). Unterlagen des Fluglinienunternehmens wie Flugscheine, Broschüren, Flugpläne und anderes für den Betrieb des Fluglinienunternehmens erforderliches gedrucktes Material, wenn von dem oder für das Fluglinienunternehmen einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei übermittelt; weiters Gegenstände, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei von einem Luftfahrzeug eines Fluglinienunternehmens der anderen Vertragspartei an Bord genommen werden und die für die Verwendung auf internationalen Fluglinien bestimmt sind.

3. Die übliche Bordausstattung sowie die Gegenstände und Vorräte, die sich an Bord des Luftfahrzeugs einer der Vertragsparteien befinden, dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur mit Genehmigung der Zollbehörden dieser Vertragspartei entladen werden. In diesem Fall können sie bis zu ihrer Ausfuhr oder anderweitigen Verfügung im Einklang mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften unter die Aufsicht der genannten Behörden gestellt werden.

### Artikel 9

#### Direkter Transitverkehr

1. Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post im direkten Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien, die den für diesen Zweck vorgesehenen Bereich des Flughafens nicht verlassen, unterliegen nur einer vereinfachten Kontrolle, ausgenommen im Hinblick auf Sicherheitsmaßnahmen gegen Gewalttaten, Luftpiraterie und Drogenschmuggel.

2. Gepäck, Fracht und Postsendungen im direkten Transitverkehr sind von Zollgebühren und anderen ähnlichen Steuern befreit.

### Artikel 10

#### Grundsätze betreffend den Betrieb der vereinbarten Fluglinien

1. Den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen beider Vertragsparteien ist in gleicher und geheimer Weise Gelegenheit zum Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken zu geben.

2. Die vereinbarten Fluglinien, die von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen betrieben werden, haben in enger Beziehung zur Nachfrage nach der Beförderung von Fluggästen und Fracht, einschließlich Post, aus dem oder in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei zu stehen, die das bzw. die Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat.

3. Das Beförderungsangebot für Fluggäste, Fracht und Post, die an Punkten auf den festgelegten Flugstrecken im Hoheitsgebiet anderer Staaten als desjenigen, der das bzw. die Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, aufgenommen oder abgesetzt werden, hat im Einklang mit dem allgemeinen Grundsatz zu stehen, daß die Beförderungskapazität entsprechen soll:

a) der Verkehrsnachfrage zwischen dem Ausgangsland und den Zielländern;

b) der Verkehrs nachfrage in dem Gebiet, welches von dem bzw. den Fluglinienunternehmen überflogen wird, wobei lokale und regionale Verkehrslinien, die von den Fluglinienunternehmen der Staaten, die dieses Gebiet umfassen, eingerichtet wurden, zu berücksichtigen sind; und  
c) der Betriebsnotwendigkeit des Durchgangsverkehrs.

4. Die Flugpläne der vereinbarten Fluglinien sind den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien mindestens dreißig (30) Tage vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihrer Einführung zur Genehmigung vorzulegen. In besonderen Fällen kann diese Frist vorbehaltlich der Zustimmung der genannten Behörden herabgesetzt werden.

5. Die gemäß den Bestimmungen dieses Artikels für eine Flugplanperiode erstellten Flugpläne bleiben für entsprechende Flugplanperioden in Kraft, bis neue Flugpläne gemäß den Bestimmungen dieses Artikels erstellt worden sind.

## Artikel 11

### Tarife

1. Die von jedem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen im Zusammenhang mit der Beförderung in das oder aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zur Einhebung gelangenden Tarife sind unter gebührender Berücksichtigung aller maßgeblichen Faktoren, einschließlich der Betriebskosten, eines angemessenen Gewinns und der von anderen Fluglinien eingehobenen Tarife in angemessener Höhe zu erstellen.

2. Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Tarife sind, wenn möglich, zwischen den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der beiden Vertragsparteien zu vereinbaren und spätestens dreißig (30) Tage vor dem für ihre Einführung vorgeschlagenen Zeitpunkt den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien zur Genehmigung vorzulegen. In besonderen Fällen kann diese Frist vorbehaltlich der Zustimmung der genannten Behörden herabgesetzt werden. Kein Tarif tritt in Kraft, wenn er nicht durch die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien genehmigt wurde.

3. Können die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen keine Einigung über die Tarife gemäß Absatz 2 dieses Artikels erzielen, so werden sich die Luftfahrtbehörden der beiden Parteien bemühen, eine Einigung über die Tarife herbeizuführen. Können sich die Luftfahrtbehörden nicht über einen ihnen vorgelegten Tarif einigen, ist die Meinungsverschiedenheit dem Verfahren gemäß Artikel 16 des vorliegenden Abkommens zu unterwerfen.

4. Ein gemäß den Bestimmungen dieses Artikels erstellter Tarif bleibt bis zur Festsetzung eines neuen Tarifs in Kraft.

## Artikel 12

### Sicherheit der Luftfahrt

1. Im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien, daß ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen, einen integralen Bestandteil dieses Abkommens bildet. Ohne Beschränkung ihrer allgemeinen völkerrechtlichen Rechte und Pflichten handeln die Vertragsparteien insbesondere in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des am 14. September 1963 in Tokio unterzeichneten Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen . des am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen . des am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt oder jedes anderen multilateralen Übereinkommens bzw. Änderungen der bestehenden Übereinkommen, sofern sie von beiden Vertragsparteien angenommen worden sind.

2. Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede notwendige Hilfe, um Handlungen der widerrechtlichen Inbesitznahme von Zivilluftfahrzeugen und sonstige widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, deren Fluggäste und Besatzungsmitglieder, von Flughäfen und Luftfahrteinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

3. Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen in Übereinstimmung mit den von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation festgelegten und als Anhänge zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt bezeichneten Sicherheitsbestimmungen für die Luftfahrt und, sofern solche

Sicherheitsbestimmungen auf sie zur Anwendung gelangen, werden sie verlangen, daß Betreiber ihrer Nationalität oder Betreiber, die den Hauptgeschäftssitz oder ständigen Wohnsitz in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit diesen Sicherheitsbestimmungen für die Luftfahrt handeln.

4. Beide Vertragsparteien kommen überein, daß diese Betreiber von Luftfahrzeugen angehalten werden können, die von der anderen Vertragspartei geforderten, in Absatz 3 dieses Artikels genannten Sicherheitsbestimmungen für die Luftfahrt für die Einreise in das, die Ausreise aus dem und das Verweilen in dem Hoheitsgebiet dieser anderen Vertragspartei zu befolgen. Jede Vertragspartei trägt dafür Sorge, daß in ihrem Hoheitsgebiet geeignete Maßnahmen tatsächlich angewendet werden, um das Luftfahrzeug zu schützen und die Fluggäste, die Besatzungsmitglieder, die von ihnen mitgeführten Gegenstände, das Gepäck, die Fracht und die Bordvorräte sowohl vor dem Einsteigen und Beladen als auch währenddessen einer Kontrolle zu unterziehen. Jede der Vertragsparteien hat weiters jedwede Aufforderung der anderen Vertragspartei zur Ergreifung angemessener Sondermaßnahmen zum Schutz vor einer ganz bestimmten Bedrohung wohlwollend zu berücksichtigen.

5. Kommt es zu einem Vorfall widerrechtlicher Inbesitznahme eines Zivilluftfahrzeugs oder zu sonstigen widerrechtlichen Handlungen gegen die Sicherheit eines Luftfahrzeugs, seiner Fluggäste und Besatzungsmitglieder, von Flughäfen oder Luftfahrtseinrichtungen oder droht ein derartiger Vorfall, so gewähren die Vertragsparteien einander Hilfe durch erleichterten Informationsfluß und sonstige geeignete Maßnahmen zur schnellen und sicheren Beendigung eines derartigen Vorfalls oder der Gefahr eines solchen.

6. Sollte eine Vertragspartei von den in diesem Artikel genannten Sicherheitsbestimmungen für die Luftfahrt abweichen, so können die Luftfahrtbehörden der anderen Vertragspartei um sofortige Beratungen mit den Luftfahrtbehörden dieser Partei ersuchen.

### **Artikel 13**

#### **Überweisung von Reinerträgen**

1. Jede Vertragspartei gewährt dem bzw. den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, den von dem bzw. den Fluglinienunternehmen der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet im Zusammenhang mit der Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Post und Fracht erzielten Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben in einer frei konvertierbaren Währung zum offiziellen Wechselkurs des Tages, an dem die Überweisung erfolgt, frei zu überweisen. Überweisungen sind unverzüglich durchzuführen, spätestens jedoch innerhalb von sechzig (60) Tagen nach dem Zeitpunkt des Ersuchens.

2. Besteht zwischen den Vertragsparteien ein besonderes Zahlungsabkommen, so werden die Zahlungen gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens vorgenommen.

### **Artikel 14**

#### **Vertretung, Ausstellung von Beförderungsdokumenten und Verkaufsförderung**

1. Vorbehaltlich der Gesetze und Vorschriften der anderen Vertragspartei erhält das bzw. die von jeder Vertragspartei namhaft gemachte(n) Fluglinienunternehmen in gleichem Maße Gelegenheit, das für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken notwendige technische und kaufmännische Personal auf Führungsebene einzustellen und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Büros zu errichten und zu betreiben.

2. Ferner ist dem bzw. den von jeder Vertragspartei namhaft gemachten Fluglinienunternehmen in gleichem Maße Gelegenheit zu geben, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei alle Arten von Beförderungsdokumenten auszustellen sowie Werbung und Verkaufsförderung zu betreiben.

### **Artikel 15**

#### **Beratungen und Abänderungen**

1. Im Geiste enger Zusammenarbeit werden sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien von Zeit zu Zeit beraten, um die Durchführung und zufriedenstellende Erfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens und seines Anhangs zu gewährleisten

2. Wenn eine der Vertragsparteien es für wünschenswert hält, irgendeine Bestimmung des vorliegenden Abkommens abzuändern, so kann sie um Beratungen mit der anderen Vertragspartei ersuchen. Diese Beratungen (die durch Gespräche zwischen den Luftfahrtbehörden vorbereitet werden können) haben innerhalb eines Zeitraums von sechzig (60) Tagen nach dem Zeitpunkt des Ersuchens zu beginnen, sofern nicht beide Vertragsparteien eine Verlängerung dieses Zeitraums vereinbaren. Auf diese Weise vereinbarte Änderungen sind von jeder Vertragspartei im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Verfahren zu genehmigen.

3. Abänderungen des Anhangs sind zwischen den entsprechenden Behörden der Vertragsparteien zu vereinbaren.

## Artikel 16

### Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

1. Bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens werden sich die Vertragsparteien zunächst bemühen, diese auf dem Verhandlungswege beizulegen.

2. Kommen die Vertragsparteien auf dem Verhandlungswege zu keiner Einigung, können sie vereinbaren, die Meinungsverschiedenheit einer Person oder einem Gremium zur Entscheidung vorzulegen; vereinbaren sie dies nicht, wird die Meinungsverschiedenheit auf Ersuchen einer der beiden Vertragsparteien einem Gericht von drei Schiedsrichtern zur Entscheidung vorgelegt, wobei jeweils einer von jeder Vertragspartei namhaft gemacht und der dritte Schiedsrichter von den beiden so namhaft gemachten Schiedsrichtern bestellt wird. Jede Vertragspartei hat innerhalb eines Zeitraums von sechzig (60) Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem eine der Vertragsparteien auf diplomatischem Wege vom Ersuchen der anderen Vertragspartei auf schiedsgerichtliche Behandlung der Meinungsverschiedenheit Kenntnis erhalten hat, einen Schiedsrichter namhaft zu machen; der dritte Schiedsrichter ist innerhalb eines Zeitraums von weiteren sechzig (60) Tagen zu bestellen. Wenn eine der Vertragsparteien es verabsäumt, innerhalb des festgelegten Zeitraumes einen Schiedsrichter namhaft zu machen, oder wenn der dritte Schiedsrichter nicht innerhalb des festgelegten Zeitraumes bestellt wird, kann der Präsident des Rates der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation von jeder der Vertragsparteien ersucht werden, je nachdem es der Fall erfordert, einen oder mehrere Schiedsrichter zu ernennen. Der dritte Schiedsrichter muß auf jeden Fall ein Staatsangehöriger eines Drittstaates sein und den Vorsitz des Schiedsgerichtes führen.

3. Die Vertragsparteien verpflichten sich, jede gemäß Absatz 2 dieses Artikels getroffene Entscheidung zu befolgen.

4. Verabsäumt es eine der Vertragsparteien, eine gemäß Absatz 2 dieses Artikels getroffene Entscheidung zu befolgen, so kann die andere Vertragspartei so lange alle Rechte oder Vorrechte, die sie der säumigen Vertragspartei auf Grund dieses Abkommens gewährt hat, einschränken, aufheben oder widerufen.

5. Jede Vertragspartei trägt die für ihren Schiedsrichter erforderlichen Kosten und Honorare; das Honorar für den dritten Schiedsrichter sowie die für diesen erforderlichen Ausgaben wie auch die für die schiedsgerichtliche Tätigkeit anfallenden Kosten sind von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen zu tragen.

## Artikel 17

### Beendigung

1. Jede der Vertragsparteien kann der anderen Vertragspartei jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege ihren Entschluß bekanntgeben, das vorliegende Abkommen zu kündigen; eine solche Benachrichtigung ist gleichzeitig dem Rat der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation und dem Sekretariat der Vereinten Nationen zur Kenntnis zu bringen.

2. In einem solchen Fall tritt das Abkommen zwölf (12) Monate nach dem Zeitpunkt des Empfangs der Kündigung durch die andere Vertragspartei außer Kraft, sofern die Kündigung nicht vor Ablauf dieses Zeitraumes einvernehmlich zurückgezogen wird. Wenn keine Empfangsbestätigung durch die andere Vertragspartei erfolgt, gilt die Kündigung als vierzehn (14) Tage nach ihrem Empfang durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation eingegangen.

**Artikel 18****Registrierung**

Dieses Abkommen und jegliche Abänderung davon sind beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation und beim Sekretariat der Vereinten Nationen zu registrieren.

**Artikel 19****Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die beiden Vertragsparteien einander in einem diplomatischen Notenwechsel bekanntgegeben haben, daß die Erfordernisse für sein Inkrafttreten nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Verfahren erfüllt worden sind.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren jeweiligen Regierungen dazu gehörig befugten unterfertigten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN in Wien, am 27. März 1995, in zweifacher Ausfertigung, in deutscher, spanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Text maßgeblich.

Für die Österreichische  
Bundesregierung:

WOLFGANG WOLTE

Für die Regierung  
der Vereinigten Mexikanischen Staaten:

CLAUDE HELLER ROUSSANT

**ANHANG**

A. Das bzw. die von der Österreichischen Bundesregierung namhaft gemachte(n) Fluglinienunternehmen ist bzw. sind berechtigt, auf den im folgenden festgelegten Flugstrecken planmäßige Fluglinien in beiden Richtungen zu betreiben:

Abflugpunkte	Ankunftspunkte
Punkte in Österreich	drei (3) Punkte in Mexiko

B. Das bzw. die von der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten namhaft gemachte(n) Fluglinienunternehmen ist bzw. sind berechtigt, auf den im folgenden festgelegten Flugstrecken planmäßige Fluglinien in beiden Richtungen zu betreiben:

Abflugpunkte	Ankunftspunkte
Punkte in Mexiko	drei (3) Punkte in Österreich

C. Alle Zwischenpunkte und Punkte darüber hinaus können von dem bzw. den von jeder Vertragspartei namhaft gemachten Fluglinienunternehmen ohne Ausübung der Verkehrsrechte der fünften Luftfreiheit angeflogen werden.

Die allfällige Ausübung von Verkehrsrechten der fünften Luftfreiheit kann von den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien vereinbart werden.

## [SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**CONVENIO SOBRE TRANSPORTE AEREO ENTRE EL GOBIERNO FEDERAL DE AUSTRIA Y EL GOBIERNO DE LOS ESTADOS UNIDOS MEXICANOS**

El Gobierno Federal de Austria y el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos, de aqui en adelante llamadas en este Convenio las Partes Contratantes;

Siendo partes de la Convención sobre Aviación Civil International abierta a firma en Chicago el 7 de diciembre de 1944;

Deseando concluir un Convenio complementario a la mencionada Convención con el propósito de establecer servicios aéreos entre sus respectivos territorios;

Han acordado lo siguiente:

**Artículo 1****Definiciones**

Para la interpretación y a los efectos del presente Convenio y su Anexo, los términos abajo expuestos tendrán el siguiente significado:

- A. El término «Parte Contratante» significa el Gobierno Federal de Austria por un lado y el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos por el otro.
- B. El término «Convenio» significa la Convención sobre Aviación Civil Internacional, abierta a firma en Chicago el 7 de diciembre de 1944, incluye cualquier Anexo adoptado de acuerdo con el Artículo 90 de dicha Convención y cualquier enmienda al Anexo o a la Convención conforme a los Artículos 90 y 94 de la misma, así como aquellas que sean aplicables para ambas Partes Contratantes.
- C. El término «este Convenio» incluye el Anexo al mismo y todas las enmiendas al Convenio o al Anexo.
- D. El término «Autoridades Aeronáuticas» significa en el caso del Gobierno Federal de Austria el Ministerio Federal de Economía Pública y Transporte, y en el caso de los Estados Unidos Mexicanos, la Secretaría de Comunicaciones y Transportes, o cualquier otro organismo legalmente autorizado para llevar a cabo las funciones ejercidas actualmente por dichas autoridades.
- E. El término «servicio aéreo international» significa el servicio aéreo que pasa por el espacio aéreo situado sobre el territorio de más de un Estado.
- F. El término «escala para fines no comerciales» significa el aterrizaje para fines ajenos al embarque o desembarque de pasajeros, carga y correo.
- G. El término «aerolínea designada» significa una aerolínea que ha sido designada y autorizada conforme al Artículo 3 de este Convenio.
- H. El término «tarifa» significa el precio pagado por el transporte de pasajeros, equipaje y carga y las condiciones bajo las cuales se aplica dicha cantidad incluyendo cantidades y comisiones correspondientes a agencias o a otros servicios complementarios, excluyéndose la remuneración y otras condiciones relativas al transporte de correo.
- I. El término «frecuencia» significa el número de vuelos redondos que una empresa aérea efectúa en una ruta especificada en un periodo dado.
- J. El término «rutas especificadas» significa las rutas establecidas en el Anexo del presente Convenio.
- K. El término «territorio» con relación a un Estado significa las áreas terrestres y las aguas territoriales adyacentes a ellas que se encuentren bajo la soberanía, dominio, protección o mando de dicho Estado.

## Artículo 2

### Otorgamiento de derechos

1. Cada Parte Contratante concede a la otra Parte Contratante los derechos especificados en el presente Convenio con el fin de establecer servicios aéreos internacionales regulares en las rutas señaladas en el Anexo al presente Convenio.
2. Conforme a lo estipulado en el presente Convenio, la(s) empresa(s) aérea(s) designada(s) por cada Parte Contratante gozará(n) durante la explotación de los servicios aéreos convenidos, de los siguientes derechos:
  - A) Sobrevolar el territorio de la otra Parte Contratante sin aterrizar en el mismo.
  - B) Hacer escalas para fines no comerciales en el territorio de la otra Parte Contratante.
  - C) Embarcar y desembarcar en tráfico internacional en dicho territorio, en los puntos especificados en el Anexo, a los pasajeros, carga y correo.
3. El derecho de tráfico de quinta libertad de todos los sectores del Anexo al presente Convenio se ejercerá únicamente tras haberse consultado previamente entre las Autoridades Aeronáuticas.
4. Nada de lo establecido en el párrafo 2. de este Artículo será interpretado en el sentido de que se confiere a la(s) aerolínea(s) de una Parte Contratante el privilegio de tomar a bordo en el territorio de la otra Parte Contratante, pasajeros y carga, incluyendo correo por pago o remuneración, con destino a otro punto dentro de territorio de la otra Parte Contratante.

## Artículo 3

### Designación y autorización de aerolíneas

1. Cada Parte Contratante tendrá el derecho de designar por escrito ante la otra Parte Contratante hasta dos líneas aéreas con el propósito de que operen los servicios convenidos en las rutas especificadas y el derecho de retirar o de cambiar tales designaciones mediante notificación por escrito ante la otra Parte Contratante.
2. Al recibir esas designaciones, la otra Parte Contratante concederá sin demora, sujeta a las disposiciones del párrafo 3. de este Artículo, a las aerolíneas designadas la debida autorización para operar.
3. Las Autoridades Aeronáuticas de una de las Partes Contratantes pueden pedir a la(s) aerolínea(s) designada(s) por la otra Parte Contratante que le compruebe(n) que está(n) calificada(s) para cumplir las condiciones prescritas según las leyes y reglamentos que normal y razonablemente apliquen esas Autoridades a la operación de servicios aéreos internacionales de conformidad con las disposiciones de la Convención.
4. Cada Parte Contratante tendrá el derecho de negarse a otorgar las autorizaciones de operación a que se refiere el párrafo 2. de este Artículo, o de imponer las condiciones que considere necesarias sobre el ejercicio de la(s) aerolínea(s) designada(s) de los derechos especificados en el Artículo 2 del presente Convenio, en cualquier caso en que dicha Parte Contratante no esté convencida de que una propiedad substancial y un efectivo control de dicha(s) aerolínea(s) son propiedad de la Parte Contratante que designa a la(s) aerolínea(s) o de sus nacionales.
5. Cuando las aerolíneas hayan sido así designadas y autorizadas, podrán iniciar en cualquier momento la operación de los servicios acordados, siempre y cuando las tarifas establecidas de acuerdo con lo previsto en el Artículo 11 del presente Convenio estén en vigor y se haya alcanzado un acuerdo conforme a lo previsto en el Artículo 10 del presente Convenio en relación a estos servicios.

## Artículo 4

### Revocación o suspensión de las autorizaciones de operación

- I. Cada Parte Contratante tendrá derecho a revocar una autorización de operación o de suspender el ejercicio de los derechos especificados en el Artículo 2 de este Convenio a la(s) aerolínea(s) designada(s)

de la otra Parte Contratante o de imponer las condiciones que considere necesarias en el ejercicio de esos derechos:

- a) en cualquier caso en que no satisfaga(n) que una propiedad substancial y un efectivo control de dicha(s) aerolínea(s) está en manos de la Parte Contratante que designa la(s) aerolínea(s) o de sus nacionales, o
- b) en el caso de que esa(s) aerolínea(s) no cumpla(n) con las leyes o reglamentos de la Parte Contratante que concede estos derechos, o
- c) en el caso de que la(s) aerolínea(s) en alguna otra manera no opere(n) conforme a las condiciones prescritas bajo este Convenio.

2. A menos de que la inmediata revocación, suspensión o imposición de las condiciones mencionadas en el párrafo 1. de este Artículo sea esencial para evitar mayores infracciones a leyes o reglamentos, tal derecho deberá ejercerse solamente después de haber consultado con la otra Parte Contratante. En tal caso, las consultas comenzarán dentro de un período de sesenta (60) días a partir de la fecha de la solicitud presentada por cualquiera de las Partes Contratantes.

## Artículo 5

### Aplicación de las leyes y reglamentos

Las Leyes y Reglamentos que regulen sobre el territorio de cada Parte Contratante la entrada, permanencia y salida del país de las aeronaves dedicadas a la navegación aérea internacional de los pasajeros, tripulaciones, equipajes, carga y correo, así como los trámites relativos a la migración, a las aduanas y a las medidas sanitarias, se aplicarán también en dicho territorio a las operaciones de la(s) empresa(s) designada(s) de la otra Parte Contratante.

## Artículo 6

### Reconocimiento de los certificados de aeronavegabilidad y licencias

1. Los certificados de aeronavegabilidad, los certificados o títulos de aptitud y las licencias expedidos o convalidados por una de las Partes Contratantes y no caducados, serán reconocidos como válidos por la otra Parte Contratante para el propósito de la explotación de los servicios acordados.

2. Cada Parte Contratante se reserva, no obstante, el derecho de no reconocer la validez, para los vuelos sobre su propio territorio, de los títulos o certificados de aptitud y las licencias expedidos a sus propios nacionales por la otra Parte Contratante.

## Artículo 7

### Derechos por el uso de aeropuertos

Cada una de las Partes Contratantes podrá imponer o permitir que se impongan a las aeronaves de la otra Parte, unas tasas justas y razonables por el uso de los aeropuertos y otros servicios. Sin embargo, cada una de las Partes Contratantes conviene en que dichas tasas no serán mayores que las aplicadas por el uso de dichos aeropuertos y servicios a sus aeronaves nacionales dedicadas a servicios aéreos internacionales similares.

## Artículo 8

### Exención de derechos aduanales

1. Las aeronaves que operen los servicios aéreos internacionales por parte de la(s) empresa(s) de transporte aéreo designada(s) por cualquiera de las Partes Contratantes y el equipo con que cuente la aeronave para su funcionamiento, combustible, lubricantes, provisiones técnicas fungibles, refacciones y provisiones (incluso alimentos, tabacos y bebidas), a bordo de tales aeronaves, estarán exentos de todos los derechos de aduanas, impuestos nacionales, de inspección y otros derechos, impuestos o gravámenes federales, estatales o municipales, al entrar en el territorio de la otra Parte Contratante, siempre que este equipo y provisiones permanezcan a bordo de la aeronave hasta el momento de su reexportación, aún

cuando dichos artículos sean usados o consumidos por dichas aeronaves en vuelos dentro del referido territorio.

2. Estarán igualmente exentos a condición de reciprocidad de los mismos derechos, impuestos y gravámenes, con excepción de los derechos por servicios prestados, los aceites lubricantes, los materiales técnicos de consumo, piezas de repuesto, herramientas y los equipos especiales para el trabajo de mantenimiento, así como las provisiones de aeronaves (incluso alimentos, bebidas y tabaco), los documentos de empresas como: boletos, folletos, itinerarios y demás impresos que requiera la compañía para su servicio, remitidos por o para la empresa aérea de una Parte Contratante al territorio de la otra Parte Contratante, así como los que se pongan a bordo de las aeronaves de la empresa aérea de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante y sean usados en servicios internacionales.

3. El equipo normalmente conducido a bordo de las aeronaves, así como aquellos otros materiales y aprovisionamientos que permanecen a bordo de las aeronaves de cualquiera de las partes Contratantes, podrán ser descargados en el territorio de la otra Parte Contratante, solamente previa autorización de las autoridades aduaneras de la Parte Contratante de que se trate. En tales casos, podrán ser almacenados bajo la supervisión de dichas autoridades hasta en tanto salgan del país o se proceda de acuerdo con las disposiciones legales en la materia.

## Artículo 9

### Tráfico en tránsito directo

1. Los pasajeros, equipaje, carga y correo en tránsito directo a través del territorio de cada Parte Contratante y que no abandonen el aire del aeropuerto reservada para este propósito, estarán sujetos a un simple control, excepto con relación a las medidas de seguridad contra casos de violencia, piratería aérea y contrabando de drogas y narcóticos.

2. El equipaje, carga y correo en tránsito directo estarán exentos de derechos de aduana y de otras medidas similares.

## Artículo 10

### Principios que rigen la operación de los servicios convenidos

1. Habrá una oportunidad justa e igual para que las aerolíneas designadas de ambas Partes Contratantes operen los servicios convenidos en las rutas especificadas entre sus respectivos territorios.

2. Los servicios convenidos que proporcionen las aerolíneas designadas de las Partes Contratantes guardarán una estrecha relación con las necesidades de transporte de pasajeros y carga, incluyendo correo, que provengan de o estén destinados al territorio de la Parte Contratante que haya designado a la(s) aerolínea(s).

3. Las disposiciones para el transporte de pasajeros, carga y correo embarcados y desembarcados en los puntos de las rutas especificadas en territorios de Estados diferentes a los que designan a las aerolíneas, estarán sujetas al principio general de que la capacidad deberá guardar proporción:

- a) con los requerimientos del tráfico entre el país de origen y los países a donde va destinado el tráfico;
- b) con los requerimientos del tráfico de la región por donde pasa(n) la(s) aerolínea(s) después de tomar en consideración los servicios locales y regionales operados por las aerolíneas de los Estados que comprenden dicha región; y
- c) con las necesidades de operación de las líneas aéreas.

4. Los itinerarios de los servicios convenidos serán sometidos a la aprobación de las Autoridades Aeronáuticas de ambas Partes Contratantes por lo menos treinta (30) días antes de la fecha prevista para su entrada en vigor. En casos especiales, este límite de tiempo podrá ser reducido bajo el consentimiento de dichas autoridades.

5. Los itinerarios establecidos para un período determinado de acuerdo con lo previsto en este Artículo, permanecerán en vigor en relación a ese período hasta que se establezcan nuevos itinerarios de acuerdo con lo previsto en este Artículo.

## Artículo 11

### Tarifas

1. Las tarifas aplicadas por las empresas de transporte aéreo de las Partes para el transporte con destino al territorio de la otra Parte o proveniente de él se establecerán a unos niveles razonables, teniendo debidamente en cuenta todos los elementos de valoración, especialmente el costo de explotación, un beneficio razonable y las tarifas aplicadas por otras empresas de transporte aéreo.

2. Las tarifas mencionadas en el párrafo 1. de este Artículo se acordarán, si es posible, por las empresas de transporte aéreo interesadas de ambas Partes y se someterán a la aprobación de las Autoridades Aeronáuticas de las dos Partes, al menos treinta (30) días antes de la fecha prevista para su entrada en vigor. En casos especiales, este plazo podrá reducirse con el consentimiento de dichas Autoridades. Ninguna tarifa entrará en vigor a menos que las Autoridades Aeronáuticas de ambas Partes Contratantes la hayan aprobado.

3. Si las aerolíneas designadas no lograran alcanzar un acuerdo respecto a las tarifas conforme a lo previsto en el párrafo 2. de este Artículo, las Autoridades Aeronáuticas de ambas Partes tratarán de determinar las tarifas pour mutuo acuerdo. Si las Autoridades Aeronáuticas no logran un acuerdo sobre las tarifas que se les someta, la disputa será sometida a los procedimientos establecidos en el Artículo 16 de este Convenio.

4. Una tarifa establecida conforme a las disposiciones del presente Artículo, continuará en vigor hasta el establecimiento de una nueva tarifa.

## Artículo 12

### Seguridad aérea

1. De conformidad con los derechos y obligaciones que les impone el derecho internacional, las Partes Contratantes ratifican que su obligación mutua de proteger la seguridad de la aviación civil contra actos de interferencia ilícita, constituye parte integral del presente Convenio. Sin limitar la validez general de sus derechos y obligaciones en virtud del derecho internacional, las Partes Contratantes actuarán, en particular, de conformidad con las disposiciones del Convenio sobre las Infracciones y Ciertos otros Actos Cometidos a Bordo de las Aeronaves, firmado en Tokio el 14 de septiembre de 1963, el Convenio para la Represión del Apoderamiento Ilícito de Aeronaves, firmado en La Haya el 16 de diciembre de 1970 y el Convenio para la Represión de Actos Ilícitos Contra la Seguridad de la Aviación Civil, firmado en Montreal el 23 de septiembre de 1971, o cualquier otra convención multilateral o modificación de las actuales, cuando sean aceptadas por ambas Partes Contratantes.

2. Las Partes Contratantes se prestarán mutuamente toda la ayuda necesaria que soliciten para impedir actos de apoderamiento ilícito de aeronaves civiles y otros actos ilícitos contra la seguridad de dichas aeronaves, sus pasajeros y tripulación, aeropuertos e instalaciones de navegación aérea, y toda otra amenaza contra la seguridad de la aviación civil.

3. Las Partes actuarán, en sus relaciones mutuas, de conformidad con las disposiciones sobre seguridad de la aviación establecidas por la Organización de Aviación Civil International y que se denominan Anexos al Convenio sobre Aviación Civil Internacional y en la medida en que esas disposiciones sobre seguridad sean aplicables a las Partes, exigirán que los explotadores de su nacionalidad o los explotadores que tengan la oficina principal o residencia permanente en su territorio, y los explotadores de aeropuertos situados en su territorio actúen de conformidad con dichas disposiciones sobre seguridad de la aviación.

4. Cada Parte Contratante conviene en que puede exigirse a dichos explotadores de aeronaves que observen las disposiciones sobre seguridad de la aviación que se mencionan en el párrafo 3. que precede, exigidas por la otra Parte Contratante para la entrada, salida o permanencia en el territorio de esa otra Parte Contratante. Cada Parte Contratante se asegurará de que en su territorio se aplican efectivamente medidas adecuadas para proteger a la aeronave e inspeccionar a los pasajeros, la tripulación, los efectos personales, el equipaje, la carga y los suministros de la aeronave antes y durante el embarque o la estiba. Cada una de las Partes Contratantes estará también favorablemente dispuesta a atender toda solicitud de la otra Parte Contratante de que adopte medidas especiales razonables de seguridad con el fin de afrontar una amenaza determinada.

5. Cuando se produzca un incidente o amenaza de incidente de apoderamiento ilícito de aeronaves civiles u otros actos ilícitos contra la seguridad de tales aeronaves, sus pasajeros y tripulación, aeropuertos o instalaciones de navegación aérea, las Partes Contratantes se asistirán mutuamente facilitando las comunicaciones y otras medidas apropiadas destinadas a poner término, en forma rápida y segura, a dicho incidente o amenaza.

6. Si una de las Partes Contratantes se apartara de las disposiciones sobre seguridad de la aviación previstas en este Artículo, las Autoridades Aeronáuticas de la otra Parte Contratante podrán solicitar inmediatamente la celebración de consultas con las Autoridades Aeronáuticas de la otra Parte.

### Artículo 13

#### Transferencia de ingresos netos

1. Cada Parte Contratante otorgará a la(s) aerolínea(s) designada(s) de la otra Parte Contratante el derecho de transferir libremente las ganancias recibidas de la explotación, obtenidas en su territorio por la(s) aerolínea(s) designada(s) de la otra Parte Contratante con motivo del transporte de pasajeros, equipaje, correo y carga, para la libre conversión de la moneda al tipo de cambio oficial en vigor el día en que se realiza la transacción. La transferencia se efectuará de manera inmediata a más tardar dentro de los sesenta (60) días siguientes a la fecha en que se presente la solicitud.

2. En caso de existir un acuerdo especial sobre transferencias entre las Partes Contratantes, los pagos se efectuarán de acuerdo con lo previsto en dicho acuerdo.

### Artículo 14

#### Representación, venta de boletos y promoción de ventas

1. La(s) aerolínea(s) designada(s) de cada Parte Contratante tendrá(n) igual oportunidad para emplear, sujeto a las leyes y reglamentos de la otra Parte Contratante, al personal técnico y comercial de nivel gerencial para la operación de los servicios acordados en las rutas especificadas y para establecer y operar oficinas en el territorio de la otra Parte Contratante.

2. La(s) aerolínea(s) designada(s) de cada Parte Contratante tendrá(n) además iguales oportunidades para expedir cualesquiera tipo de documentos de transporte y de anunciar y promover ventas en el territorio de la otra Parte Contratante.

### Artículo 15

#### Consultas y modificaciones

1. En un espíritu de estrecha cooperación, las Autoridades Aeronáuticas de las Partes Contratantes se consultarán periódicamente con vistas a asegurar la correcta aplicación y el correcto cumplimiento de las disposiciones establecidas en el presente Convenio y su Anexo.

2. Si alguna de las partes Contratantes considera necesario modificar cualquier disposición del presente Convenio podrá solicitar la celebración de consultas a la otra Parte Contratante. Tales consultas (que podrán ser preparadas para discusión entre las Autoridades Aeronáuticas) comenzarán dentro de un período de sesenta (60) días contados a partir de la fecha de la solicitud, a menos que ambas Partes Contratantes acuerden extender dicho período. Las modificaciones así acordadas serán aprobadas por cada Parte Contratante de acuerdo con sus respectivos procedimientos constitucionales.

3. Las modificaciones al Anexo serán acordadas entre las autoridades correspondientes de las Partes Contratantes.

### Artículo 16

#### Solución de controversias

1. En caso de surgir cualquier discrepancia entre las Partes Contratantes relativa a la interpretación o aplicación del presente Convenio, las Partes Contratantes tratarán de resolverla en primer lugar a través de la negociación.

2. Si las Partes Contratantes no lograran alcanzar una solución a través de la negociación podrán someter la disputa a la decisión de alguna persona o cuerpo y si ellos no logran alcanzar un acuerdo, la disputa será sometida, a solicitud de cualquiera de las Partes Contratantes a la decisión de un tribunal de tres árbitros, uno a ser nombrado por cada Parte Contratante y el tercero a ser nombrado por los dos primeros. Cada Parte Contratante nombrará un árbitro dentro de un período de sesenta (60) días a partir de la fecha en que cualquiera de las Partes Contratantes haga entrega a la otra Parte Contratante de una Nota diplomática en la que se solicite el arreglo de una controversia mediante arbitraje, y el tercer árbitro será nombrado dentro de un período posterior de sesenta (60) días. Si alguna de las Partes Contratantes no logra nombrar un árbitro dentro del período especificado o si el tercer árbitro no es nombrado dentro del período especificado, el Presidente del Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional podrá ser requerido por ambas Partes Contratantes para que nombre un árbitro o árbitros según el caso lo requiera. En cualquier caso, el tercer árbitro será nacional de un tercer Estado y actuará como presidente del cuerpo arbitral.

3. Las Partes Contratantes se comprometen a acatar cualquier resolución dictada conforme al párrafo 2. de este Artículo.

4. En la medida en que alguna de las Partes Contratantes no cumpla con la resolución tomada conforme al párrafo 2. de este Artículo, la otra Parte Contratante podrá limitar, suspender o revocar cualesquier de los derechos o privilegios otorgados en virtud de este Convenio a la Parte Contratante que cometa la falta.

5. Cada Parte Contratante pagará los gastos y remuneraciones necesarios de su propio árbitro; los honorarios y demás gastos del tercer árbitro, así como aquellos derivados de su actividad arbitral serán distribuidos por partes iguales entre las Partes Contratantes.

## Artículo 17

### Terminacion

1. Cada Parte Contratante podrá en cualquier momento informar por escrito a la otra Parte Contratante, a través de los canales diplomáticos, su decisión de terminar el presente Convenio; este aviso deberá ser comunicado simultáneamente al Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional y a la Secretaría de las Naciones Unidas.

2. En este caso, el Convenio se dará por terminado doce (12) meses después de la fecha en que haya sido recibida la notificación por la otra Parte Contratante a menos que la notificación sea retirada por acuerdo antes de que termine este período. En caso de ausencia de recibo por la otra Parte Contratante, se considerará que la notificación ha sido recibida catorce (14) días después de que sea recibida en la Organización de Aviación Civil Internacional.

## Artículo 18

### Registro

Este Convenio y todas las enmiendas a él serán registrados en el Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional y en la Secretaría de las Naciones Unidas.

## Artículo 19

### Entrada en vigor

Este Convenio entrará en vigor el primer día del segundo mes, siguiente a la fecha en la que ambas partes Contratantes se comuniquen a través de un Canje de Notas diplomáticas, haber cumplido con los requisitos exigidos por su legislación nacional para su entrada en vigor.

En fe de lo cual, los infrascritos, debidamente autorizados por sus respectivos Gobiernos han firmado el presente Convenio.

Hecho en la ciudad de Viena, a los 27. días del mes de marzo del año de mil novecientos noventa y cinco, en los idiomas alemán, español e inglés siendo cada versión igualmente auténtica.

En caso de surgir alguna diferencia, la versión en inglés prevalecerá.

Por el Gobierno  
Federal de Austria:  
**WOLFGANG WOLTE**

Por el Gobierno  
de los Estados Unidos Mexicanos:

**CLAUDE HELLER ROUSSANT**

**ANEXO**

A. La(s) aerolínea(s) designada(s) por el Gobierno Federal de Austria tendrá(n) el derecho de operar servicios aéreos regulares en ambas direcciones en las rutas especificadas a continuación:

Puntos de origen:	Puntos de destino:
Puntos en Austria	Tres (3) puntos en México

B. La(s) aerolínea(s) designada(s) por el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos tendrá(n) el derecho de operar servicios aéreos regulares en ambas direcciones en las rutas especificadas a continuación:

Puntos de origen:	Puntos de destino:
Puntos en México	Tres (3) Puntos en Austria

C. La(s) aerolínea(s) designada(s) de cada Parte Contratante podrá(n) operar cualquier punto o puntos intermedios y puntos más allá, sin ejercer derechos de tráfico de quinta libertad.

El eventual ejercicio de derechos de tráfico de quinta libertad deberá ser acordado por las autoridades aeronáuticas de ambas Partes Contratantes.

---

# AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED MEXICAN STATES CONCERNING AIR SERVICES

The Austrian Federal Government and the Government of the United Mexican States, hereinafter called in this Agreement the Contracting Parties;

Being parties to the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on 7 December 1944;<sup>2</sup>

Desiring to conclude an Agreement supplementary to the said Convention for the purpose of establishing air services between their respective territories;

Have agreed as follows:

## Article 1

### Definitions

For the interpretation and purpose of this Agreement and its Annex, the following terms shall have the following meaning:

- A. The term "Contracting Party" means the Austrian Federal Government on the one hand and the Government of the United Mexican States on the other.
- B. The term "the Convention" means the Convention on International Civil Aviation, opened for signature at Chicago on 7 December 1944, and includes any Annex adopted under Article 90 of that Convention and any amendment of the Annex or Convention under Articles 90 and 94 thereof insofar as these have become effective for both Contracting Parties.
- C. The term "this Agreement" includes the Annex hereto and any amendments to this Agreement or to the Annex.
- D. The term "Aeronautical Authorities" means in the case of the Austrian Federal Government the Federal Minister for Public Economy and Transport and in the case of the United Mexican States the Secretariat of Communications and Transport, or any other authority legally empowered to perform the functions exercised now by the said authorities.
- E. The term "international air service" means an air service which passes through the air space over the territory of more than one State.
- F. The term "stop for non-commercial purposes" means a landing for any purpose other than taking on or disembarking passengers, cargo and mail.
- G. The term "designated airline" means an airline which has been designated and authorized in accordance with Article 3 of this Agreement.
- H. The term "tariff" means the prices to be paid for the carriage of passengers, baggage and cargo and the conditions under which these prices apply, including charges and commissions for agency or supplementary services, but excluding remuneration and conditions for the carriage of mail.
- I. The term "frequency" means the number of round trip flights operated by an airline on a specified route over a given period.
- J. The term "specified routes" means the routes established in the Annex to this Agreement.

<sup>1</sup> Came into force on 1 March 1996, i.e., the first day of the second month following the date on which the Contracting Parties had informed each other (on 2 May 1995 and 22 January 1996) of the completion of their respective constitutional procedures, in accordance with article 19.

<sup>2</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 15, p. 295. For the texts of the Protocols amending this Convention, see vol. 320, pp. 209 and 217; vol. 418, p. 161; vol. 514, p. 209; vol. 740, p. 21; vol. 893, p. 117; vol. 958, p. 217; vol. 1008, p. 213, and vol. 1175, p. 297.

K. The term "territory" in relation to a State means the land areas and territorial waters adjacent thereto under the sovereignty, dominion, protection or mandate of such State.

## Article 2

### Grant of Rights

1. Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the rights specified in the present Agreement for the purpose of establishing scheduled international air services on the routes specified in the Annex to this Agreement.

2. Subject to the provisions of this Agreement, the airline(s) designated by each Contracting Party shall, whilst operating the agreed air services, enjoy the following rights:

- a) Overflying the territory of the other Contracting Party without landing.
- b) Making stops for non-traffic purposes in the territory of the other Contracting Party.
- c) Embarking and disembarking passengers, cargo and mail in international traffic within the said territory, at the points specified in the Annex hereto.

3. The fifth freedom traffic right on any sector of the Annex to this Agreement shall be only practiced after consultations between the Aeronautical Authorities.

4. Nothing in paragraph 2 of this Article shall be deemed to confer on the airline(s) of one Contracting Party the privilege of taking on board, in the territory of the other Contracting Party, passengers and cargo including mail carried for hire or reward and destined for another point in the territory of that other Contracting Party.

## Article 3

### Designation and Authorization of Airlines

1. Each Contracting Party shall have the right to designate in writing to the other Contracting Party up to two airlines for the purpose of operating the agreed services on the specified routes and to withdraw or change such designations, by written notification to the other Contracting Party.

2. On receipt of such a designation the other Contracting Party shall, subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, without delay grant to the airlines designated the appropriate operating authorization.

3. The Aeronautical Authorities of one Contracting Party may require the airline(s) designated by the other Contracting Party to satisfy them that it is qualified to fulfil the conditions prescribed under the laws and regulations normally and reasonably applied to the operation of international air services by such authorities in conformity with the provisions of the Convention.

4. Each Contracting Party shall have the right to refuse to grant the operating authorizations referred to in paragraph 2 of this Article, or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise by the designated airline(s) of the rights specified in Article 2 of the present Agreement, in any case where the said Contracting Party is not satisfied that substantial ownership and effective control of that airline(s) are vested in the Contracting Party designating an airline or in its nationals.

5. When an airline has been so designated and authorized, it may at any time begin to operate the agreed services, provided that a tariff, established in accordance with the provisions of Article 11 of the present Agreement, is in force and an agreement in accordance with the provisions of Article 10 of the present Agreement has been reached in respect of that service.

## Article 4

### Suspension or Revocation of Operating Authorization

1. Each Contracting Party shall have the right to suspend the exercise of the rights specified in Article 2 of the present Agreement by the airline(s) designated by the other Contracting Party, or to revoke the

operating authorization, or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise of these rights:

- a) in any case where it is not satisfied that substantial ownership and effective control of said airline(s) are vested in the Contracting Party designating the airline(s) or in its nationals, or
- b) in the case of failure by said airline(s) to comply with the laws or regulations of the Contracting Party granting these rights, or
- c) in case the airline(s) otherwise fail(s) to operate in accordance with the conditions prescribed under the present Agreement.

2. Unless immediate suspension, revocation or imposition of the conditions mentioned in paragraph 1 of this Article is essential to prevent further infringements of laws or regulations, such right shall be exercised only after consultations with the other Contracting Party. In such a case consultations shall begin within a period of sixty (60) days from the date of request made by either Contracting Party for consultations.

#### **Article 5**

##### **Application of Laws and Regulations**

The laws and regulations of one Contracting Party governing entry into, sojourn in, and departure from its territory of aircraft engaged in international air navigation, of passengers, crew, baggage, cargo and mail, as well as formalities regarding migration, customs and sanitary measures shall apply to operations of the designated airline(s) of the other Contracting Party while they are within the said territory.

#### **Article 6**

##### **Recognition of Airworthiness Certificates and Licences**

1. Certificates of airworthiness, certificates of competency and licences, issued or rendered valid by one of the Contracting Parties shall, during the period of their validity, be recognized as valid by the other Contracting Party for the purpose of operating the agreed services.
2. Each Contracting Party reserves the right, however, to refuse to recognize as valid, for the purpose of flights over its own territory, certificates of competency and licences granted for its own nationals by the other Contracting Party.

#### **Article 7**

##### **Charges for the Use of Airports**

Each of the Contracting Parties may impose or permit to be imposed on the aircraft of the other Contracting Party just and reasonable charges for the use of airports and other facilities. Each of the Contracting Parties agrees, however, that these charges shall not be higher than those paid by aircraft operated by its nationals engaged in similar international air services for the use of such airports and facilities.

#### **Article 8**

##### **Exemption from Customs Duties**

1. Aircraft operated on international air services by the designated airline(s) of either Contracting Party, as well as equipment used for the operation of the aircraft, supplies of fuels and lubricants, normal board equipment, spare parts, and aircraft stores (including food, beverages and tobacco) on board such aircraft, shall be exempt from all customs duties, national taxes, inspection fees and other duties. Federal, State or municipal taxes or charges on arriving in the territory of the other Contracting Party, provided such equipment and supplies remain on board the aircraft up to such time as they are re-exported, even though such supplies be used or consumed by such aircraft on flights over that territory.
2. There shall also be exempt, on a basis of reciprocity, from the same duties, taxes and charges, with the exception of charges corresponding to the service performed, the lubricating oils, normal board equipment, spare parts, tools and special equipment for aircraft maintenance work and also aircraft stores (including food, beverages and tobacco), airline documentation such as tickets, pamphlets, timetables and other printed material required by the airline for its operation, when sent by or for the airline of one Con-

tracting Party to the territory of the other Contracting Party, as well as material taken on board aircraft of the airline of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party for use on international air services.

3. The normal board equipment, as well as the materials and supplies retained on board the aircraft of either Contracting Party, may be unloaded in the territory of the other Contracting Party only with the approval of the customs authorities of that Contracting Party. In such case, they may be placed under the supervision of the said authorities up to such time as they are exported or otherwise disposed of in accordance with the relevant legal provisions.

#### Article 9

##### Direct Transit Traffic

1. Passengers, baggage, cargo and mail in direct transit across the territory of either Contracting Party and not leaving the area of the airport reserved for such purpose shall, except in respect of security measures against violence, air piracy and smuggling of narcotic drugs, be subject to no more than a simplified control.

2. Baggage, cargo and mail in direct transit shall be exempt from customs duties and other similar taxes.

#### Article 10

##### Principles Governing Operation of Agreed Services

1. There shall be fair and equal opportunity for the designated airlines of both Contracting Parties to operate the agreed services on the specified routes.

2. The agreed services provided by the designated airlines of the Contracting Parties shall have a close relation with requirements for the carriage of passengers and cargo, including mail, coming from or destined for the territory of the Contracting Party which has designated the airline(s).

3. Provisions for the carriage of passengers, cargo and mail both taken up and put down at points on the specified routes in the territories of States other than that designating the airline(s), shall be made in accordance with the general principle that capacity shall be related to:

- a) traffic requirements between the country of origin and the countries of destination;
- b) traffic requirements of the area through which the airline(s) pass(es), after taking account of local and regional services established by airlines of the States comprising the area; and
- c) the requirements of through airline-operations.

4. The schedules of the agreed services shall be submitted for approval to the Aeronautical Authorities of both Contracting Parties at least thirty (30) days before the proposed date of their introduction. In special cases, this time limit may be reduced subject to the consent of the said authorities.

5. The schedules established for one season in accordance with the provisions of this Article, shall remain in force for corresponding seasons until new schedules have been established in accordance with the provisions of this Article.

#### Article 11

##### Tariffs

1. The tariffs to be applied by each designated airline in connexion with any transportation to and from the territory of the other Contracting Party shall be established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors, including cost of operation, reasonable profit and the tariffs charged by other airlines.

2. The tariffs referred to in paragraph 1 of this Article shall, if possible, be established by mutual agreement by the designated airlines of both Contracting Parties and shall be submitted for approval to the Aeronautical Authorities of both Parties at least thirty (30) days before the proposed date of their introduction. In special cases, this time limit may be reduced, subject to the agreement of the said Authorities. No tariff shall come into force unless the Aeronautical Authorities of either Contracting Party have approved of it.

3. If the designated airlines cannot reach agreement on the tariffs in accordance with paragraph 2 of this Article, the Aeronautical Authorities of both Parties shall endeavour to determine the tariffs by mutual agreement. If the Aeronautical Authorities cannot agree on a tariff submitted to them, the dispute shall be submitted to the procedure provided for in Article 16 of this Agreement.

4. A tariff established in accordance with the provisions of this Article shall remain in force until a new tariff has been established.

## Article 12

### Aviation Security

1. Consistent with their rights and obligations under international law, the Contracting Parties reaffirm that their obligation to each other to protect the security of civil aviation against acts of unlawful interference forms an integral part of this Agreement. Without limiting the generality of their rights and obligations under international law, the Contracting Parties shall in particular act in conformity with the provisions of the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft, signed at Tokyo on 14 September 1963,<sup>1</sup> the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at the Hague on 16 December 1970<sup>2</sup> and the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, signed at Montreal on 23 September 1971,<sup>3</sup> or any other Multilateral Convention or modification to the actual Conventions, when accepted by both Contracting Parties.

2. The Contracting Parties shall provide upon request all necessary assistance to each other to prevent acts of unlawful seizure of civil aircraft and other unlawful acts against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports and air navigation facilities, and any other threat to the security of civil aviation.

3. The Contracting Parties shall, in their mutual relations, act in conformity with the aviation security provisions established by the International Civil Aviation Organization and designated as Annexes to the Convention on International Civil Aviation and so far as they are applied by them, shall require that operators of its nationality or operators who have their principal place of business or permanent residence in their territory, and the operators of airports in their territory, act in conformity with such aviation security provisions.

4. Each Contracting Party agrees that such operators of aircraft may be required to observe the aviation security provisions referred to in paragraph 3 above required by the other Contracting Party for entry into, departure from, or while within, the territory of that other Contracting Party. Each Contracting Party shall ensure that adequate measures are effectively applied within its territory to protect the aircraft and to inspect passengers, crew, carry-on items, baggage, cargo and aircraft stores prior to and during boarding or loading. Each Contracting party shall also give sympathetic consideration to any request from the other Contracting Party for reasonable special security measures to meet a particular threat.

5. When an incident or threat of an incident of unlawful seizure of civil aircraft or other unlawful acts against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airport or air navigation facilities occurs, the Contracting Parties shall assist each other by facilitating communications and other appropriate measures intended to terminate rapidly and safely such incident or threat thereof.

6. Should a Contracting Party depart from the aviation security provisions of this Article, the Aeronautical Authorities of the other Contracting Party may request immediate consultations with the Aeronautical Authorities of that Party.

## Article 13

### Transfer of Net Revenues

1. Each Contracting Party grants to the designated airline(s) of the other Contracting Party the right of free transfer of the excess of receipts over expenditure, earned on its territory in connection with the carriage of passengers, baggage, mail and freight by the designated airline(s) of the other Contracting

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 704, p. 219.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 860, p. 105.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 974, p. 177, and vol. 1217, p. 404 (corrigendum to volume 974).

Party, in a freely convertible currency at the official rate of exchange on the day the transfer is made. Transfers shall be effected immediately, at the latest within sixty (60) days after the date of request.

2. Where a special payment agreement exists between the Contracting Parties, payments shall be effected in accordance with the provisions of that agreement.

#### Article 14

##### Representation, Ticketing and Sales Promotion

1. The designated airline(s) of each Contracting Party shall have an equal opportunity to employ, subject to the laws and regulations of the other Contracting Party, the technical and commercial personnel on management level for the performance of the agreed services on the specified routes and to establish and operate offices in the territory of the other Contracting Party.

2. The designated airline(s) of each Contracting Party shall further have an equal opportunity to issue all kinds of documents of carriage and to advertise and promote sales in the territory of the other Contracting Party.

#### Article 15

##### Consultations and Modifications

1. In a spirit of close co-operation, the Aeronautical Authorities of the Contracting Parties shall consult each other from time to time with a view to ensuring the implementation of, and satisfactory compliance with, the provisions of the present Agreement and the Annex thereto.

2. If either of the Contracting Parties considers it desirable to modify any provision of the present Agreement, it may request consultations with the other Contracting Party. Such consultations (which may be prepared by discussions between the Aeronautical Authorities), shall begin within a period of sixty (60) days of the date of request, unless both Contracting Parties agree to an extension of this period. Modifications so agreed upon shall be approved by each Contracting Party in accordance with its constitutional procedures.

3. Modifications to the Annex shall be agreed upon between the appropriate authorities of the Contracting Parties.

#### Article 16

##### Settlement of Disputes

1. If any dispute arises between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of the present Agreement, the Contracting Parties shall in the first place endeavour to settle it by negotiations.

2. If the Contracting Parties fail to reach a settlement by negotiations, they may agree to refer the dispute for decision to some person or body; if they do not so agree, the dispute shall, at the request of either Contracting Party, be submitted for decision to a tribunal of three arbitrators, one to be nominated by each Contracting Party and the third to be appointed by the two so nominated. Each of the Contracting Parties shall nominate an arbitrator within a period of sixty (60) days from the date of receipt by either Contracting Party from the other of a notice through diplomatic channels requesting arbitration of the dispute and the third arbitrator shall be appointed within a further period of sixty (60) days. If either of the Contracting Parties fails to nominate an arbitrator within the period specified, or if the third arbitrator is not appointed within the period specified, the President of the Council of the International Civil Aviation Organization may be requested by either Contracting Party to appoint an arbitrator or arbitrators as the case requires. In any case, the third arbitrator shall be a national of a third State and shall act as president of the arbitral body.

3. The Contracting Parties undertake to comply with any decisions taken under paragraph 2 of this Article.

4. If and for so long as either Contracting Party fails to comply with a decision taken under paragraph 2 of this Article, the other Contracting Party may limit, suspend or revoke any rights or privileges which it has granted by virtue of this Agreement to the Contracting Party in default.

5. Each Contracting Party shall bear the expenses and remuneration necessary for its arbitrator; the fee for the third arbitrator and the expenses necessary for this one as well as those due to the activity of the arbitration shall be equally shared by the Contracting Parties.

#### Article 17

##### Termination

1. Either Contracting Party may at any time give written notice through diplomatic channels to the other Contracting Party of its decision to terminate the present Agreement: such notice shall be simultaneously communicated to the Council of the International Civil Aviation Organization and the Secretariat of the United Nations.

2. In such case the Agreement shall terminate twelve (12) months after the date of receipt of the notice by the other Contracting Party, unless the notice to terminate is withdrawn by agreement before the expiry of this period. In the absence of acknowledgement of receipt by the other Contracting Party, notice shall be deemed to have been received fourteen (14) days after the receipt of the notice by the International Civil Aviation Organization.

#### Article 18

##### Registration

This Agreement and all amendments thereto shall be registered with the Council of the International Civil Aviation Organization and the Secretariat of the United Nations.

#### Article 19

##### Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month, following the date on which the two Contracting Parties have notified each other in an exchange of diplomatic notes that the requirements for its entry into force under their respective constitutional procedures have been fulfilled.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement.

DONE in duplicate at Vienna this day of 27 march 1995 in the German, Spanish and English languages, each version being equally authentic.

In case of dispute the English version shall prevail.

For the Austrian Federal  
Government:

WOLFGANG WOLTE

For the Government  
of the United Mexican States:

CLAUDE HELLER ROUSSANT

## ANNEX

A. The airline(s) designated by the Austrian Federal Government shall be entitled to operate scheduled air services in both directions on routes specified hereafter:

Points of departure:	Points of arrival:
Points in Austria	Three (3) points in Mexico

B. The airline(s) designated by the Government of the United Mexican States shall be entitled to operate scheduled air services in both directions on routes specified hereafter:

Points of departure:	Points of arrival:
Points in Mexico	Three (3) points in Austria

C. Any intermediate points and points beyond may be served by the designated airline(s) of each Contracting Party without exercising Fifth Freedom traffic rights.

The eventual exercise of Fifth Freedom traffic rights may be agreed upon by the Aeronautical Authorities of the two Contracting Parties.

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

**ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL D'AUTRICHE  
ET LE GOUVERNEMENT DES ÉTATS UNIS DU MEXIQUE RELATIF AUX TRANSPORTS AÉRIENS**

Le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement des États unis du Mexique, ci-après dénommés dans le présent Accord « les Parties contractantes »,

Etant parties à la Convention relative à l'aviation civile internationale, ouverte à la signature à Chicago le 7 décembre 1944<sup>2</sup>,

Désireux de conclure un accord complémentaire à ladite Convention en vue de créer des services aériens réguliers entre leurs territoires respectifs,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier***DÉFINITIONS**

Aux fins de l'interprétation du présent Accord et de son annexe, les termes suivants ont la signification suivante :

A. L'expression « Partie contractante » s'entend du Gouvernement fédéral d'Autriche, d'une part, et du Gouvernement des Etats unis du Mexique, d'autre part;

B. Le terme « Convention » désigne la Convention relative à l'aviation civile internationale, ouverte à la signature à Chicago le 7 décembre 1944, ainsi que toute annexe adoptée conformément à l'Article 90 de ladite Convention et tout amendement apporté à l'annexe ou à la Convention conformément aux Articles 90 et 94 de celle-ci, dans la mesure où ces annexes et amendements sont entrés en vigueur pour les deux Parties contractantes;

C. L'expression « présente Convention » comprend son annexe et tout amendement qui lui serait apporté ou à son annexe;

D. L'expression « autorités aéronautiques » s'entend, dans le cas du Gouvernement fédéral d'Autriche, du Ministre fédéral de l'économie publique et des transports et, dans le cas du Gouvernement des Etats unis du Mexique, du Secrétaire des communications et des transports ou de toute autre autorité légalement habilitée à remplir les fonctions actuellement exercées par lesdites autorités.

E. L'expression « service aérien international » s'entend d'un service aérien traversant l'espace aérien au-dessus du territoire de plus d'un Etat;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> mars 1996, soit le premier jour du deuxième mois ayant suivi la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient informées (les 2 mai 1995 et 22 janvier 1996) de l'accomplissement de leurs procédures constitutionnelles respectives, conformément à l'article 19.

<sup>2</sup> Nations Unies, *Recueil des Traité*, vol. 15, p. 295. Pour les textes des Protocoles amendant cette Convention, voir vol. 320, p. 209 et 217; vol. 418, p. 161; vol. 514, p. 209; vol. 740, p. 21; vol. 893, p. 117; vol. 958, p. 217; vol. 1008, p. 213, et vol. 1175, p. 297.

F. L'expression « escale non commerciale » s'entend de tout atterrissage à toute autre fin que celle d'embarquer ou de débarquer des passagers, du fret ou du courrier;

G. L'expression « entreprise désignée » s'entend d'une entreprise de transport aérien désignée et autorisée conformément aux dispositions de l'article 3 du présent Accord;

H. Le terme « tarif » désigne les prix à payer pour le transport de passagers, de bagages et de fret et les conditions dans lesquelles ces prix s'appliquent, y compris les frais et commissions versées à l'agence ou en contrepartie des services supplémentaires, à l'exclusion de la rémunération et des conditions relatives au transport du courrier;

I. Le terme « fréquence » désigne le nombre de vols aller-retour qu'une entreprise de transport aérien effectue sur une route indiquée pendant une période donnée;

J. L'expression « routes indiquées » s'entend des routes visées à l'annexe du présent Accord;

K. Le terme « territoire » désigne, en ce qui concerne un Etat, les étendues terrestres et les eaux territoriales y adjacentes sous la souveraineté, la suzeraineté, la protection ou la tutelle dudit Etat.

## *Article 2*

### DROITS OCTROYÉS

1. Chacune des Parties contractantes accorde à l'autre Partie les droits énoncés dans le présent Accord aux fins d'établir des services aériens internationaux réguliers sur les routes indiquées à l'annexe au présent Accord.

2. Sous réserve des dispositions du présent Accord, la ou les entreprises de transport aérien désignées par chaque Partie contractante ont, pendant l'exploitation de services aériens convenus, les droits suivants :

- a) Survol du territoire de l'autre Partie contractante sans atterrissage;
- b) Escalades non commerciales sur le territoire de l'autre Partie contractante;
- c) Embarquement et débarquement de passagers, du fret ou du courrier, en trafic aérien international sur ledit territoire, aux points indiqués à l'annexe.

3. L'exercice des droits de trafic de cinquième liberté ne pourra être autorisé qu'à la suite des consultations entre les autorités aéronautiques.

4. Aucune disposition du paragraphe 2 du présent article ne peut être interprétée comme conférant à la ou aux entreprises désignées par l'une des Parties contractantes le droit d'embarquer, sur le territoire de l'autre Partie contractante, des passagers et du fret y compris du courrier contre paiement ou rémunération et destinés à un autre point situé sur le territoire de l'autre Partie contractante.

*Article 3***DÉSIGNATION ET HABILITATION DES ENTREPRISES  
DE TRANSPORT AÉRIEN**

1. Chacune des Parties contractantes peut désigner par notification écrite à l'autre Partie contractante jusqu'à deux entreprises de transport aérien pour exploiter les services convenus sur les routes indiquées et révoquer ou changer ces désignations moyennant une notification écrite à l'autre Partie contractante.

2. Dès réception de cette désignation, l'autre Partie contractante donne sans retard à l'entreprise de transport aérien désignée conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent Accord, l'autorisation d'exploitation voulue.

3. Les autorités aéronautiques de l'une des Parties contractantes peuvent exiger de l'entreprise de transport aérien désignée par l'autre Partie contractante la preuve qu'elle est en mesure de remplir les obligations prescrites par les lois et règlements que lesdites autorités appliquent normalement et raisonnablement à l'exploitation des services aériens internationaux, conformément aux dispositions de la Convention.

4. Chacune des Parties contractantes se réserve le droit de refuser la délivrance de l'autorisation d'exploitation visée au paragraphe 2 du présent article ou de soumettre aux conditions qu'elle estime nécessaires l'exercice par l'entreprise désignée des droits énoncés à l'article 2 du présent Accord, lorsque ladite Partie contractante n'a pas la certitude que la propriété et le contrôle effectif de ladite entreprise sont entre les mains de la Partie contractante qui l'a désignée, ou de ressortissants de cette Partie.

5. Une entreprise de transport aérien désignée et agréée de cette manière peut commencer à tout moment l'exploitation des services agréés, à condition qu'un tarif conformément aux dispositions de l'article 11 du présent Accord soit en vigueur et qu'un accord ait été conclu au sujet de ces services, conformément aux dispositions de l'article 10 du présent Accord.

*Article 4***RÉVOCATION OU SUSPENSION DES AUTORISATIONS D'EXPLOITATION**

1. Chaque Partie contractante aura le droit de suspendre l'exercice des droits visés à l'article 2 du présent Accord par l'entreprise désignée (les entreprises désignées) de l'autre Partie contractante ou d'annuler une autorisation d'exploitation, ou encore de soumettre l'exercice de ces droits aux conditions qu'elle pourra juger nécessaires :

- a) Si elle n'a pas la preuve qu'une part importante de la propriété et le contrôle effectif de cette entreprise ou de ces entreprises sont entre les mains de la Partie contractante qui l'a désignée (ou les a désignées) ou de ressortissants de cette Partie;
- b) Si ladite entreprise (ou lesdites entreprises) ne respecte(nt) pas les lois et règlements de la Partie contractante qui a accordé ces droits; ou encore
- c) Si l'entreprise (ou les entreprises) ne conforme(nt) pas à d'autres égards son (leur) exploitation aux conditions prescrites par le présent Accord.

2. Sauf s'il est nécessaire de procéder immédiatement au retrait de l'autorisation ou à la suspension des droits ou d'imposer les conditions visées au paragraphe 1 du présent article pour empêcher que les lois ou réglementations continuent d'être enfreintes, lesdits droits ne seront exercés qu'après consultation avec l'autre Partie contractante. Les consultations commenceront dans les soixante (60) jours à compter de la date de la demande formulée à cet effet par l'une ou l'autre des Parties contractantes.

### *Article 5*

#### **APPLICABILITÉ DES LOIS ET RÈGLEMENTS**

Les lois et règlements régissant sur le territoire de chacune des Parties contractantes l'entrée, le séjour et la sortie des aéronefs en trafic international des passagers, équipages, bagages, fret et courrier, ainsi que les formalités d'immigration, de douane et de santé, s'appliquent sur ledit territoire aux opérations de toute entreprise désignée par l'autre Partie contractante.

### *Article 6*

#### **RECONNAISSANCE DES CERTIFICATS ET LICENCES**

1. Les certificats de navigabilité, les brevets d'aptitude et les licences délivrés ou reconnus valables par l'une des Parties contractantes et qui sont toujours valides, sont reconnus valables par l'autre Partie contractante en vue de l'exploitation des services agréés.

2. Toutefois, chaque Partie contractante se réserve le droit de ne pas reconnaître, pour le survol de son territoire, les brevets ou certificats d'aptitude et les licences délivrés à ses propres ressortissants par l'autre Partie contractante.

### *Article 7*

#### **DROITS D'UTILISATION DES AÉROPORTS**

Chacune des Parties contractantes peut imposer ou laisser imposer aux aéronefs de l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante des taxes équitables et raisonnables pour l'utilisation des aéroports et autres installations. Chacune des Parties contractantes convient, toutefois, que ces taxes ne doivent pas être plus élevées que les droits qui seraient acquittés pour l'utilisation desdits aéroports et installations par les aéronefs des exploitants nationaux, utilisés pour des services aériens internationaux similaires.

### *Article 8*

#### **EXEMPTION DES DROITS DE DOUANE ET AUTRES DROITS**

1. Les aéronefs utilisés en service international par une entreprise de transport désignée par l'une des Parties contractantes ainsi que l'équipement utilisé aux fins de l'exploitation des aéronefs, les réserves de carburant et de lubrifiants, l'équipement habituel de bord, les pièces de recharge et les provisions de bord (y compris les denrées alimentaires, les boissons et le tabac) à bord de l'aéronef, sont exonérés

de tout droit de douane, d'impôts nationaux, de frais d'inspection et autres droits et taxes. Il en va de même pour les taxes et les redevances fédérales ou municipales à l'arrivée sur le territoire de l'autre Partie contractante, sous réserve que lesdits équipements ou fournitures demeurent à bord de l'aéronef jusqu'à leur réexportation, même si ces fournitures sont utilisées ou consommées à bord des aéronefs en vol au-dessus dudit territoire.

2. Les articles suivants sont également exempts des mêmes droits, taxes et redevances, sur une base de réciprocité, à l'exemption du paiement pour services rendus : les huiles lubrifiantes, l'équipement de bord habituel, les pièces de rechange, les outils et les équipements spéciaux pour les travaux d'entretien ainsi que les provisions de bord (y compris les aliments, le tabac et les boissons), les documents d'entreprise tels que les billets, dépliants horaires et autres imprimés nécessaires à l'exploitation lorsqu'ils sont, par ou pour le compte de l'entreprise de l'une des Parties contractantes, expédiés vers le territoire de l'autre Partie contractante, ainsi que le matériel embarqué sur l'aéronef de l'entreprise de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante aux fins de leur utilisation à l'occasion de services aériens internationaux.

3. L'équipement normal placé à bord des aéronefs, de même que tous les autres articles et provisions qui demeurent à bord des aéronefs de l'une ou l'autre des Parties contractantes, ne peuvent être débarqués sur le territoire de l'autre Partie contractante qu'avec l'agrément de cette dernière. En pareil cas, ces articles pourront être maintenus sous la surveillance desdites autorités jusqu'à ce qu'ils soient réexportés ou qu'il en soit disposé autrement conformément aux dispositions de la loi en la matière.

#### *Article 9*

##### TRANSIT DIRECT

1. Les passagers, les bagages, le fret et le courrier en transit direct sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes et demeurant dans une zone de l'aéroport réservée à cette fin ne seront soumis qu'à un contrôle simplifié, sauf s'il s'agit de mesures de sécurité contre la violence, la piraterie aérienne et la contrebande de stupéfiants.

2. Les bagages, le fret et le courrier en transit direct seront exonérés de droits de douane et autres taxes similaires.

#### *Article 10*

##### PRINCIPES RÉGISSANT L'EXPLOITATION DES SERVICES CONVENUS

1. Les entreprises de transport désignées de chaque Partie contractante exploitent dans des conditions d'équité et d'égalité les services agréés sur les routes spécifiées.

2. Les services agréés assurés par les entreprises désignées des Parties contractantes seront en relation étroite avec les besoins de transport de passagers et de fret, y compris le courrier, en provenance ou à destination du territoire de la Partie contractante qui a désigné les entreprises.

3. Les dispositions relatives au transport des passagers, du fret et du courrier, embarqués et débarqués à des points situés sur les routes spécifiées dans les territoires des Etats autres que celui qui aura désigné l'entreprise (les entreprises), tiendront compte du principe général selon lequel cette capacité devra être liée :

- a) Aux besoins de transport entre le pays d'origine et les pays de destination;
- b) Aux besoins de transport de la région par laquelle l'entreprise passe (ou les entreprises passent), en prenant en considération les services locaux et régionaux établis par les entreprises des Etats constituant cette région; et
- c) Aux besoins d'un trafic aérien de transit.

4. Les horaires de vol des services agréés sont soumis pour approbation aux autorités aéronautiques des deux Parties contractantes au plus tard trente (30) jours avant la date proposée pour leur entrée en vigueur. Dans certains cas, ce délai peut être réduit avec le consentement desdites autorités.

5. Les horaires de vol établis pour une saison conformément aux dispositions du présent article resteront en vigueur pour les saisons correspondantes jusqu'à ce que de nouveaux horaires de vol soient établis sur la base des dispositions du présent article.

### *Article 11*

#### TARIFS

1. Les tarifs appliqués par chaque entreprise désignée pour tout transport en direction ou en provenance du territoire de l'autre Partie contractante seront fixés à des niveaux raisonnables, compte tenu de tous les facteurs pertinents, y compris les frais d'exploitation, une marge de bénéfice raisonnable et les tarifs fixés par d'autres entreprises de transport aérien.

2. Les tarifs visés au paragraphe 1 du présent article seront, dans toute la mesure du possible, établis par accord mutuel entre les entreprises désignées des deux Parties contractantes et ils seront soumis à l'agrément des autorités aéronautiques des deux Parties contractantes trente (30) jours au moins avant la date projetée de leur mise en vigueur. Dans des cas particuliers, ce délai pourra être réduit, avec le consentement desdites autorités. Aucun tarif ne peut entrer en vigueur à moins qu'il n'ait été approuvé par les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

3. Si les entreprises désignées ne peuvent parvenir à un accord concernant les tarifs conformément au paragraphe 2 du présent article, les autorités aéronautiques des deux Parties s'efforcent d'établir les tarifs par voie d'accord mutuel. Si les autorités aéronautiques ne peuvent se mettre d'accord sur un tarif qui leur est soumis, le différend est alors soumis à la procédure visée à l'article 16 du présent Accord.

4. Un tarif fixé conformément aux dispositions du présent article demeure en vigueur jusqu'à l'établissement d'un nouveau tarif.

### Article 12

#### SÉCURITÉ AÉRIENNE

1. Conformément à leurs droits et à leurs obligations en vertu du droit international, les Parties contractantes réaffirment que leur obligation mutuelle de protéger la sécurité de l'aviation civile contre des actes d'intervention illégale fait partie intégrante du présent Accord. Sans qu'il en résulte une limitation de leurs droits et obligations de caractère général en vertu du droit international, les Parties contractantes agiront notamment conformément aux dispositions de la Convention relative aux infractions et à certaines autres actes survenant à bord des aéronefs, signée à Tokyo le 14 septembre 1963<sup>1</sup>, de la Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, signée à La Haye le 16 décembre 1970<sup>2</sup>, et de la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, signée à Montréal le 23 septembre 1971<sup>3</sup>, ou de toutes autres conventions multilatérales relatives à la sécurité aérienne ou de toute modification apportée aux conventions actuelles auxquelles les deux Parties adhéraient.

2. Chaque Partie contractante prêtera à l'autre, sur sa demande, toute l'assistance nécessaire pour prévenir des actes de capture illicite d'aéronefs civils et autres actes illicites portant atteinte à la sécurité desdits aéronefs, de leurs passagers et équipages, des aéroports et des installations de navigation aérienne, ainsi que toute autre menace contre la sécurité aérienne.

3. Dans leurs relations mutuelles, les Parties contractantes agiront en conformité avec les dispositions en matière de sécurité aérienne établies par l'Organisation de l'aviation civile internationale qui figurent en annexe à la Convention relative à l'aviation civile internationale, dans la mesure où ces dispositions de sécurité leur sont applicables, elles imposeront aux exploitants d'aéronefs immatriculés par leurs autorités aéronautiques ou aux exploitants d'aéronefs ayant leur siège principal d'activité ou leur résidence permanente sur leur territoire, ainsi qu'aux exploitants d'aéroports situés sur leur territoire, de se conformer à ces dispositions relatives à la sécurité aérienne.

4. Chacune des Parties contractantes est d'accord pour qu'il puisse être demandé à de tels exploitants d'aéronefs de se conformer aux dispositions en matière de sécurité aérienne mentionnées au paragraphe 3 ci-dessus et imposées par l'autre Partie contractante pour l'entrée ou la sortie du territoire de cette autre Partie contractante ou le séjour surledit territoire. Chaque Partie contractante fera en sorte que des mesures appropriées soient effectivement prises sur son territoire pour la protection de l'aéronef et l'inspection des passagers, de l'équipage, des objets personnels transportés, des bagages, du fret et des approvisionnements de bord avant et pendant l'embarquement ou le chargement. Chaque Partie contractante considérera également avec bienveillance toute demande que lui ferait l'autre Partie contractante de prendre des mesures spéciales de sécurité raisonnables pour faire face à une menace particulière.

5. En cas d'incident ou de menace d'un incident de capture illicite d'un aéronef civil, ou de tout autre acte illicite à l'encontre de la sécurité de tels aéronefs, de leurs passagers et équipages, des aéroports ou des installations de navigation

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 704, p. 219.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 860, p. 105.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 974, p. 177.

aérienne, les Parties contractantes se prêteront mutuellement assistance en facilitant les communications et en prenant les autres mesures appropriées destinées à mettre fin rapidement et sans danger audit incident ou à ladite menace.

6. Si une Partie contractante dérogeait aux dispositions en matière de sécurité aérienne prévues dans le présent article, les autorités aéronautiques de l'autre Partie contractante pourront demander à engager immédiatement des consultations avec les autorités aéronautiques de cette Partie.

### *Article 13*

#### **TRANSFERT DES EXCÉDENTS DE RECETTES**

1. Chaque Partie contractante accorde à l'entreprise désignée (ou aux entreprises désignées) de l'autre Partie contractante le droit de transférer gratuitement l'exécédent des recettes sur les dépenses réalisées sur son territoire grâce au transport de passagers, de bagages, de courrier et de fret effectué par l'entreprise désignée (les entreprises désignées) de l'autre Partie contractante, en une devise librement convertible au taux de change officiel du jour où le transfert est effectué. Les transferts seront effectués immédiatement, au plus tard dans les soixante (60) jours après la date de la demande.

2. Si le système de paiement entre les Parties contractantes est régi par un accord particulier, les paiements seront effectués conformément aux dispositions de cet Accord.

### *Article 14*

#### **REPRÉSENTATION, ÉTABLISSEMENT DE DOCUMENTS DE TRANSPORT ET PROMOTION**

1. L'entreprise désignée (les entreprises désignées) de chaque Partie contractante aura (auront) une égale faculté d'embaucher, sous réserve des lois et réglementations de l'autre Partie contractante, le personnel de gestion technique et commercial nécessaire pour assurer les services convenus sur les routes spécifiées et pour ouvrir et gérer des agences sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2. L'entreprise désignée (les entreprises désignées) de chaque Partie contractante aura (auront) en outre la possibilité, dans des conditions d'égalité, de délivrer tous titres de transport ainsi que de faire de la publicité et de promouvoir les ventes sur le territoire de l'autre Partie contractante.

### *Article 15*

#### **CONSULTATIONS ET MODIFICATIONS**

1. Les autorités aéronautiques des Parties contractantes se consultent de temps à autre dans un esprit d'extrême coopération en vue d'assurer la mise en œuvre des dispositions du présent Accord et de son annexe et le respect satisfaisant de ces dispositions.

2. Si l'une ou l'autre des Parties contractantes estime souhaitable la modification de toute disposition du présent Accord, il lui sera loisible de demander que des consultations aient lieu avec l'autre Partie contractante. De telles consultations (qui

pourront être préparées au moyen de discussions entre les autorités aéronautiques) débuteront dans un délai de soixante (60) jours suivant la date de la demande à cet effet, à moins que les deux Parties contractantes ne soient d'accord pour prolonger cette période. Les modifications ainsi convenues seront approuvées par chaque Partie contractante conformément à leurs procédures constitutionnelles.

3. Les modifications à l'annexe seront convenues entre les autorités compétentes des Parties contractantes.

### *Article 16*

#### RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

1. Si un différend s'élève entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord, elles s'efforceront en premier lieu de le régler par voie de négociations.

2. Si les Parties contractantes ne parviennent pas à un règlement par voie de négociations, elles pourront convenir de soumettre leur différend pour décision à une personne ou un organisme de leur choix. Si elles ne parviennent pas à un accord à cet effet, le différend sera soumis pour décision, à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes, à un tribunal composé de trois arbitres, dont un désigné par chacune des Parties contractantes et le troisième par les deux premiers. Chacune des Parties contractantes désignera son arbitre dans un délai de soixante (60) jours à compter de la date de réception par l'une des Parties contractantes d'une note diplomatique de l'autre Partie demandant que le différend soit soumis à soixante (60) jours. Si l'une ou l'autre des Parties contractantes ne désigne pas son arbitre dans le délai indiqué, ou si le tiers arbitre n'est pas Partie contractante, ce sera au Président du Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale de désigner un ou plusieurs arbitres selon le cas. En tout état de cause, le troisième arbitre sera ressortissant d'un Etat tiers et assurera la présidence du tribunal arbitral.

3. Les Parties contractantes s'engagent à se conformer à toute décision rendue en application du paragraphe 2 du présent article.

4. Si l'une des Parties contractantes néglige de se conformer à une décision rendue aux termes du paragraphe 2 du présent article, l'autre Partie contractante peut, tant que dure cette situation, limiter, suspendre ou révoquer tous droits ou priviléges accordés en vertu du présent Accord à la Partie contractante en défaut.

5. Chacune des Parties contractantes supportera les frais et la rémunération de son arbitre; les honoraires du tiers arbitre et les frais exposés pour lui, ainsi que les dépenses résultant des procédures d'arbitrage, seront partagés par moitié entre les Parties contractantes.

### *Article 17*

#### DÉNONCIATION

1. Chacune des Parties contractantes pourra à tout moment notifier par écrit et par la voie diplomatique à l'autre Partie contractante sa décision de mettre fin au présent Accord; cette notification sera communiquée en même temps au Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale et au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

2. En pareil cas, le présent Accord prendra fin douze (12) mois après la date à laquelle l'autre Partie contractante aura reçu la notification, à moins que celle-ci ne soit retirée d'un commun accord avant l'expiration de ce délai. En l'absence d'accusé de réception de la part de l'autre Partie contractante, la notification sera réputée lui être parvenue quatorze (14) jours après la date de sa réception par l'Organisation de l'aviation civile internationale.

*Article 18*

**ENREGISTREMENT**

Le présent Accord et tous ses amendements éventuels seront enregistrés auprès du Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale et du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

*Article 19*

**ENTRÉE EN VIGUEUR**

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date à laquelle les deux Parties contractantes se seront notifié par échange de notes diplomatiques que les conditions nécessaires à son entrée en vigueur conformément à leurs procédures constitutionnelles respectives ont été remplies.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment habilités par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT en double exemplaire à Vienne, le 17 mars 1995, en langues allemande, espagnole et anglaise, les trois textes faisant également foi.

En cas de différend, le texte anglais prévaudra.

Pour le Gouvernement  
fédéral d'Autriche :  
**WOLFGANG WOLTE**

Pour le Gouvernement  
des Etats unis du Mexique :  
**CLAUDE HELLER ROUSSANT**

**ANNEXE**

A. La ou les entreprises de transport aérien désignées par le Gouvernement fédéral d'Autriche auront le droit d'exploiter des services aériens réguliers sur la route suivante :

<i>Points de départ</i>	<i>Points d'arrivée</i>
Points en Autriche	Trois (3) points au Mexique

B. La ou les entreprises de transport aérien désignées par le Gouvernement des Etats unis du Mexique auront le droit d'exploiter des services aériens réguliers sur la route suivante :

<i>Points de départ</i>	<i>Points d'arrivée</i>
Points au Mexique	Trois (3) points en Autriche

C. La ou les entreprises désignées par chacune des Parties contractantes pourront desservir des points intermédiaires et des points situés au-delà sans exercer des droits de trafic de cinquième liberté.

L'exercice éventuel des droits de trafic de cinquième liberté pourra être autorisé par accord entre les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

---